

AUSGABE 08/2021  
 ÖDP aktiv@online



AKTIV  
 MAINZ



## Bei Klimaschutz bleibt Mainz leider wenig konkret!

Liebe Leserinnen und Leser, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, heute haben Sie wieder einen aktuellen Newsletter der ÖDP-Stadtratsfraktion vorliegen. Damit möchten wir als Ihre Stimme im Mainzer Stadtrat und den Ortsbeiräten über wichtige kommunale Themen informieren und Position beziehen. Gerne nehmen wir auch inhaltliche Anregungen von Ihnen für unsere Arbeit auf. Sie können außerdem den Newsletter der ÖDP an weitere Bekannte sowie Freundinnen und Freunde weiterverteilen.

Dr. Claudius Moseler &  
 Dagmar Wolf-Rammensee,  
 Ihre ÖDP-Stadratsmitglieder

*Dieser Sommer  
 begann mit  
 unvorstellbaren  
 Temperaturrekorden.*

Fast zwei Jahre sind seit dem letzten ÖDP-Aktiv vergangen. Wir berichteten von mühseligen und oft erfolglosen Anstrengungen die Mainzer Politik zu ambitionierteren Maßnahmen zum Klimaschutz und Anpassung zu bewegen. Dieser Sommer begann mit unvorstellbaren Temperaturrekorden von fast 50°C in Kanada, in Südeuropa, mit Megafeuern an der US-Westküste, im Amazonas, in Sibirien, in Südeuropa und zuletzt mit verheerenden Überflutungen nicht nur irgendwo in China oder Japan sondern auch in unserer Region. In Sibirien droht der Permafrost zu tauen; der für unser mitteleuropäisches Klima so essentielle Golfstrom hat sich bereits verlangsamt und nähert sich möglicherweise einer kritischen Schwelle, an der er seine Stabilität verliert. Seit Anfang August schmilzt das Grönlandeis rapide, warnen dänische Wissenschaftler über die Webseite „Polar Portal“. Am 9. August veröffentlichte der Weltklimarat (IPCC) den ersten Band seines sechsten Sachstandsberichts mit beunruhigenden Ergebnissen: Bereits 2030 droht eine Erderwärmung um 1,5 Grad - zehn Jahre früher als bisher prognostiziert. Tagesschau.de berichtete am 18.08.2021: „Bei weiter steigenden Treibhausgas-Emissionen ist die Welt nur noch drei Jahre davon entfernt, selbst das Zwei-Grad-Klimaziels zu verspielen. Diese Gefahr sieht der Weltklimarat laut einem durchgesickerten Berichtsentwurf.“ <https://www.tagesschau.de/investigativ/wdr/ipcc-weltklimabericht-101.html>  
 Die Botschaft lautet: „die Auswirkungen

sind dramatisch, die Zeit zum Handeln sehr begrenzt. Bei einem „weiter so“ steuern wir auf dramatische Umwälzungen zu, die nicht mehr zu beherrschen sind. Dieser Gewissheit sollte alles Handeln unterworfen werden. Die Klimakatastrophe sollte Thema No. 1 und in der Politik Chefsache sein. Doch in den Medien dominiert das Alltagsgeschäft neben den beinahe täglichen Katastrophenberichten und Corona. Der DAX steigt völlig losgelöst vom aktuellen Geschehen auf nie dagewesene Höhen. Auch in Mainz beschränkt sich die Politik beim Thema Klimaschutz und Anpassung vornehmlich auf die Ankündigung von Maßnahmen:

Am 25.09.2019 rief der Stadtrat mehrheitlich den Klimanotstand aus. Mainz soll bis 2035 klimaneutral sein. Daher sollen alle Vorlagen bezüglich der Auswirkungen auf Klimaschutz bewertet werden. Alternativen mit positiver oder zumindest der geringsten negativen Klimaauswirkung sollen bevorzugt geplant und umgesetzt werden. Es sollen Vorkehrungen zum Schutz vor Starkregen, Überschwemmungen, Hitze und Trockenheit umgesetzt werden.

Kein Stadtratsbeschluss wurde seither ernsthaft einer solchen Prüfung unterzogen. Die Frischluftschneise am Europakreisel und das Kaltluftentstehungsgebiet werden weiter zugebaut. Gegen die Stadterweiterungspläne Wiesbadens im Kaltluftentstehungsgebiet Ostfeld/Kalkofen ist der notwendige Widerstand kaum vernehmbar. Business-as-usual.



# Fraktionsvorsitzender Dr. Claudius Moseler - Rede zum städtischen Haushalt 2022

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Ebling,  
sehr geehrter Herr Finanzdezernent Beck,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

---

*Es müssen also auch  
Investitionsrückstände  
bedacht werden.*

---

aufgrund der prognostizierten Gewerbesteuereinnahmen kommt es zu einem Überschuss von 1 Milliarde Euro im Haushaltsplan, so dass wir in den nächsten Jahren nahezu schuldenfrei sein werden. Dies hat aber nur zum Teil mit einer nachhaltigen Haushaltsführung zu tun, sondern natürlich auch mit dem Quäntchen Glück, was man in der politischen Arbeit braucht. Es ist, als hätte man Weihnachten, Fastnacht und seinen eigenen Geburtstag an einem Tag...

Insgesamt kann man aber sagen, dass hier hinsichtlich der Ansiedlung von Gewerbe und Zukunftstechnologien alles richtig gemacht worden ist.

Nach Jahren unter der Kontrolle der ADD haben wir nun die Chance, endlich unsere Stadt wieder zu gestalten statt nur zu verwalten. Wir kennen die Situation nur zu gut, vor allem aber auch aus den Ortsbeiräten: Hier wurden selbst Kleinigkeiten abgelehnt. Oder auch von den Anweisungen der ADD, vor allem bei den Stellenbesetzungen in der Verwaltung, die immer auf Kante genäht waren und sind.

---

*Die Kürzungen bei der  
Wissenschaftlichen  
Stadtbibliothek müssen  
zurückgenommen  
werden.*

---

Die Kunst wird es nun sein, eine Haushaltsführung zu gestalten, die das Geld jetzt nicht mit vollen Händen rauswirft, sondern dass wir einen klugen Mittelweg beschreiten.

Aber ich möchte bzgl. dieser Entwicklung auch einige Warnungen und Hinweise aussprechen.

1. Wir müssen natürlich schauen, dass wir die Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen engmaschig im Blick behalten. Erst wenn eine Verstetigung der Einnahmen festzustellen ist, können wir an weitere zusätzliche Ausgaben denken. Die Tilgung der Altschulden hat natürlich Priorität 1.

2. Da natürlich nun in den politischen Parteien, aber auch in der Stadtgesellschaft, die Erwartung an Ausgaben in die Höhe schießen werden, brauchen wir einen langfristigen Stufenplan. Einen Plan, der sich über mehrere Doppelhaushalte erstreckt. Mit Blick auf die im nächsten Jahr anstehenden Entscheidungen für den Doppelhaushalt 2023/2024 erscheint es zweckmäßig, einen breit angelegten Diskussionsprozess auch mit den Bürgerinnen und Bürgern zu moderieren. Dabei müssen alle Maßnahmen des KEF (Kommunaler Entschuldungsfond) auf den Prüfstand gestellt werden (z.B. Kürzungen bei der Wissenschaftlichen Stadtbibliothek oder die Senkung der hohen Hundesteuern), sowie Fragen von Personalaufstockungen in der Stadtverwaltung, Investitionsprojekte, Zuschüsse im Rahmen der freiwilligen Leistungen usw. diskutiert werden. Vor Jahren hatten wir dies unter dem Motto „Kommunaler Bürgerhaushalt“ diskutiert. Aber auch die Fraktionen sollten enger und intensiver in die Haushaltsberatungen eingebunden werden. Darüber müssen wir reden. Wir haben diesen Punkt in unserem Haushaltsbegleitantrag formuliert.

---

*Grundsteuer B und  
Hundesteuer senken!*

---

3. Die Corona-Pandemie wird ebenfalls den kommunalen Haushalten mehr Investitionen abfordern, auch dies muss im Blick behalten werden.

Meine Damen und Herren,

wir schlagen heute darüber hinaus vor, dass wir uns auf die Senkung der Grundsteuer B verständigen. Es kann nicht sein, dass einerseits die Gewerbesteuer gesenkt wird, was derzeit wohl problemlos möglich zu sein scheint, sondern es müssen alle Bürgerinnen und Bürger – in diesem Fall nicht nur Eigentümerinnen und Eigentümer, sondern auch Mieterinnen und Mieter – entlastet werden.

Aber lassen Sie mich noch einige Punkte nennen, die in den letzten Jahren aufgrund mangelnder Finanzen abgelehnt wurden:

- Sicherung von Gemeinwesenarbeit
- Masterplan für die gesamte Stadt
- Nachhaltige und durchgreifende Klimaschutzmaßnahmen
- Digitale Ausstattung in den Schulen einschließlich Fachpersonal
- Nachhaltige Beseitigung von Schlaglöchern
- Gestaltung von Ortsmittelpunkten, Neugestaltung von Plätzen, Steigerung der Aufenthaltsqualität
- Bauliche Maßnahmen im Rahmen der Verkehrsberuhigung
- Erhöhung der Stadtteilmittel für die Ortsbeiräte
- ...
- Die Liste ließe sich beliebig verlängern.

Sie sehen also: Es erscheint sinnvoll, hier einen geordneten Diskussionsprozess einzuleiten, damit wir möglichst gerecht, nachhaltig und sinnvoll für unsere Stadt investieren. Es müssen also auch Investitionsrückstände bedacht werden.

Bitte stimmen Sie daher unserem Haushaltsbegleit Antrag zu, gerne können die beiden Punkte auch einzeln abgestimmt werden.

## Landesgartenschau

Am 30. 6. segnete der Stadtrat mehrheitlich die Machbarkeitsstudie für eine Landesgartenschau ab. Prinzipiell bietet sie die Chance die ganze Stadt dauerhaft aufzuwerten und gegen künftige Herausforderungen wie z. B. die Folgen des Klimawandels zu wappnen. Begrüßenswert im Konzept ist aus Sicht der ÖDP die angedachte Aufwertung des römischen Mainz. Kritisch sehen wir dagegen die Überplanung bereits gestalteter und intensiv genutzter Freizeitflächen. Schwerpunkt der geplanten Maßnahmen liegt auf Volks- und Stadtpark, Wallanlagen und Teilen des Rheinuferes. Dort sollen etwa 2/3 der Fläche für diesen Event, d. h. für zahlendes Publikum, aufgepeppt und die heutigen Nutzer auf die restlichen 1/3 verbannt werden. Der Nutzungsdruck dieser in Mainz raren Flächen ist bereits jetzt sehr hoch. Künftig kommen noch 4500 Bewohner vom Heiligkreuz-Areal dazu. Die nächsten sind die vom Rodelberg, vom Gfz-Kasernenquartier und das wird nicht das letzte Wohnquartier sein, dessen Bewohner auf die vorhandenen Freizeitflächen verwiesen werden. Nach Corona und in Anbetracht der verdichteten und im Sommer hitzebelasteten Innenstadt ist der Verzicht auch nur von Teilen dieser Flächen während vieler Umbau- und Ausstellungsmonate nicht hinnehmbar.

Dagegen „brennt“ es in der gesamten Stadt. Doch dort sollen nur Einzelmaßnahmen mit Symbolcharakter umgesetzt werden. Mainz ist die 3.-wärmste größere Stadt nach Karlsruhe und Freiburg. Die klimatische Belastung durch die Lage im Rheingraben wird verstärkt durch die Siedlungsdichte des Rhein-Main-Gebiets mit seinem dichten

Verkehr, der Industrie, den beheizten bzw. im Sommer künstlich gekühlten Gebäuden und mittlerweile etlichen Rechenzentren. Um die Notwendigkeit von Entsiegelung und Regenrückhalteflächen wissen wir spätestens seit der Flutkatastrophe im Ahrtal.

Die Klimafunktionen in der verdichteten Stadt zu stärken und den urbanen Wärmehaushalt und die Wasserspeicher zu verbessern müssen vorrangig angegangen werden. Da haben wir gar keine Wahl. Die Klimapraxstudie zeigte: In der Innenstadt müssen wir im Zeitraum 2031 – 2060 an 30 – 36 Tagen mit einer Temperatur von mindestens 30°C rechnen. Die Modellprojektion basiert auf Annahme eines gemäßigten Temperaturanstiegs, außerdem auf dem Stand der Bebauung von 2016, dem Zeitpunkt der Messungen, d. h. alles was in der Zwischenzeit gebaut wurde ist nicht eingerechnet, wie z. B.: Zollhafen, HKA, Rodelberg, GFZ-Kaserne, Bebauung im Hartenbergpark, Hochschulnahes Gewerbe, die unzähligen Einzelnachverdichtungen ohne B-Plan und alles, was künftig noch gebaut wird, wenn die Stadt weiter so rasant wächst.

Daher sollte aus ÖDP-Sicht das Generieren zusätzlicher neuer Grün- und Freizeitflächen Vorrang haben. Denn Mainz ist keine grüne Stadt: Mainz hat einen öffentlichen Grünanteil von ca. 10 qm je Einwohner. Der Richtwert liegt allerdings bei 20 - 25 qm je Einwohner. Der Anteil an öffentlichen, gestalteten Grünflächen beträgt in Mainz nur rund 5 % des gesamten Stadtgebietes. München hält im Vergleich dazu 18 % des Stadtgebiets als Grünflächen vor. Dagegen stieg die Einwohnerzahl in Mainz von ca. 193.300 in 1980 auf ca. 220.000



*Ingrid Pannhorst,  
Baupolitische Sprecherin der ÖDP bezieht  
Stellung zur Landesgartenschau*

*Stadt Mainz braucht  
mehr Garten und  
weniger Schau!*



Auch die Wallanlagen in Mainz sollen Teil des Gartenschaugeländes werden. Bild: Ingrid Pannhorst

## Mainz ist keine grüne Stadt



Versiegelung am Rheinufer  
Bild: Ingrid Pannhorst

auf einer unveränderten Siedlungsfläche. Die Flächen der Freizeit- und Erholungsräume halten nicht mit dem Wachstum der Stadt Schritt. Im Gegenteil: in den vergangenen Jahren wurden die Ränder der Wallanlagen, Teile des Hartenbergparks, sogar Flächen im Stadtpark in Bauland verwandelt, das Rheinufer wie z. B. am Zollhafen hochversiegelt.

Die Frischluftschneisen kriegen wir nicht mehr zurück. Umso dringender ist der Handlungsbedarf

Trotz vielfältiger Mahnungen und Empfehlungen aus Fachkreisen, trotz guter Beispiele anderer Kommunen, trotz etlicher Anträge und Anfragen, trotz Beschluss zum Klimanotstand mangelt es in der Stadtspitze an einer entschlossenen Umsetzung der dringend notwendigen Entsiegelung, an der Umsetzung notwendiger Maßnahmen, wie z. B. einer lückenlosen Vernetzung der Grünflächen, einer satten Durchgrünung durch Pocketparks, durch üppige Dach- und Fassadenbegrünung, an Wasserelementen für Abkühlung, an Trinkbrunnen. Die Landesgartenschau wird nach dem vorliegenden Konzept kaum Abhilfe bringen. Die soll den Volks- und Stadtpark und die Wallan-

lagen aufhübschen. Klingt nach einer guten Geschäftsidee, vor allem für die umliegende Hotel- und Gaststättenbranche.

Neue Analyse zeigt Risiken der Erderhitzung für Deutschland:

<https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/neue-analyse-zeigt-risiken-der-erderhitzung-fuer>

Das Landesgartenschaukonzept hätte sich auch dem Thema Umweltgerechtigkeit widmen müssen: Während das Plangebiet der Landesgartenschau hauptsächlich dem sowieso schon begünstigten Villengebiet in der Oberstadt zugerechnet werden kann, ist für die an Stadtgrün arme aber hochverdichtete und durch Industrie und Verkehr belastete Neustadt so gut wie nichts vorgesehen. Von einer Landesgartenschau muss die ganze Stadt profitieren. Für ein gelungenes und attraktives LGS-Konzept fehlt aus Sicht der ÖDP auch das Innovative, das bestaunenswerte Novum, das etwa die Herausforderung einer satten Durchgrünung der dicht bebauten Stadt oder ein neues experimentelles Projekt mit Vorbildcharakter bieten könnte.

*"Die Flächen der Freizeit- und Erholungsräume halten nicht mit dem Wachstum der Stadt Schritt. Im Gegenteil: in den vergangenen Jahren wurden die Ränder der Wallanlagen, Teile des Hartenbergparks, sogar Flächen im Stadtpark in Bauland verwandelt, das Rheinufer wie z. B. am Zollhafen hochversiegelt."*

Auch ist noch nicht klar, wie die Besucherströme geleitet oder wo angemessener Parkraum eingerichtet werden können. Daher ist für die ÖDP klar, ein gelungenes LGS- Konzept erfordert mehr Planungszeit. Wir haben uns daher der Vorlage enthalten bzw. dagegen gestimmt.

*Ingrid Pannhorst*



*Versiegelung am Zollhafen. Bild: Claudius Moseler*

## **Corona, Digitalisierung, Klimawandel - Strukturwandel in der Innenstadt** *Innenstadtentwicklungskonzept anpassen*

Es ist fahrlässig, die Zukunft der Innenstadt allein der wirtschaftlichen Performance einer Investorengruppe wie z. B. in der Ludwigsstraße zu überlassen und darauf zu vertrauen, dass der freie Markt die Probleme, die sich bereits jetzt schon in der gesamten Innenstadt durch Leerstände abzeichnen, zum Positiven richten wird. Die sogenannte Aufwertung an nur einer Liegenschaft kennt nur einen Gewinner, den Eigentümer von Grund und Boden. Diese Aufwertung werden die übrigen Einzelhändlerinnen und Einzelhändler mit steigenden Mieten bezahlen.

Nicht erst seit Corona steht unsere Innenstadt vor einem großen Strukturwandel. Die Digitalisierung erfordert ein radikales Umdenken. Durch die Corona-Pandemie sind die Herausforderungen für den Einzelhandel noch einmal deutlich gewachsen. Monofunktionalität, die allein auf kommerzialisierten Konsum ausgerichtet ist (Handel, Gastronomie, Events) schwächt die Widerstandsfähigkeit in Krisenzeiten.

Die Aufenthaltsqualität spielt für die Attraktivität der Innenstadt eine große Rolle, besonders in den heißen Sommermonaten. Menschen sitzen lieber im Freien auf begrünten Plätzen im Schatten von Bäumen als in einer Glashalle, erst recht in der Sommerhitze. Umso wichtiger sind gut gestaltete öffentliche Plätze, die Menschen soziale Begegnungen unter Einhaltung von Abstandsregeln ermöglichen.

Etlliche Städte begannen bereits vor Corona an einem Zukunftskonzept für ihre Stadt zu arbeiten. Die Stadt Offenbach hat bereits ein Zukunftskonzept beschlossen für ein Zentrum, in dem der Handel nicht mehr die Leitfunktion inne hat. Mainz sollte aus ÖDP-Sicht diesem Beispiel folgen anstatt sich weiter

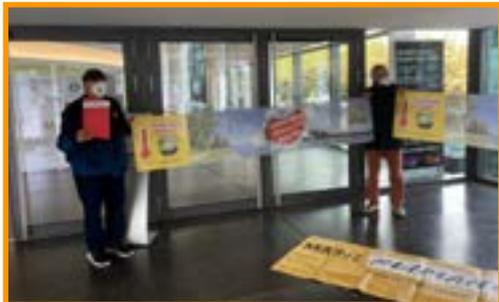
durchzuwursteln.

Damit die Stadt außerhalb des aktuell gehypten Lu-Centers nicht der „Mainzer Wurstigkeit“ zum Opfer fällt, stellte die ÖDP zur Stadtratsitzung im März 2021 den Antrag: „Zukunft Innenstadt - Fortschreibung und Anpassung des Innenstadtentwicklungskonzepts – IEK“. Darin sollte das Innenstadtentwicklungskonzept „IEK“ auf seine Widerstandsfähigkeit bezüglich der sich abzeichnenden strukturellen Veränderungen im Einzelhandel und in der Arbeitswelt überprüft werden. Des Weiteren sollte die Projekt- und Maßnahmenliste des IEK unter Berücksichtigung der folgenden Anforderungen angepasst und durch entsprechende Umsetzungsmaßnahmen ergänzt werden: a) Strukturwandel Einzelhandel, b) Strukturwandel Arbeitswelt, c) Bedarf an bezahlbarem Wohnraum, d) Ergebnisse und Handlungsempfehlungen der Klimapraxstudie.

Doch die Ampelkoalition konnte den Antrag der ÖDP-Fraktion nicht durchgehen lassen und stellte einen Änderungsantrag: „Zukunft Innenstadt – Bilanz des Integrierten Entwicklungskonzepts (IEK) Innenstadt“, der sich inhaltlich kaum vom ÖDP-Antrag unterschied: „Die Verwaltung wird beauftragt, eine Zwischenbilanz zum Integrierten Entwicklungskonzept Innenstadt (IEK) vorzulegen. Hierin ist ein aktueller Stand der Planung und Umsetzung für die definierten Ziele, Projekte und Maßnahmen darzustellen. (...) Die Zwischenbilanz soll hierauf eingehen sowie Potenziale (...) zur Weiterentwicklung des IEK vorschlagen. (...)“. Der Antrag der ÖDP wurde mehrheitlich abgelehnt. (Siehe Stadtrat am 24.03.2021, TOP 29 und 29.1, [https://bi.mainz.de/to0040.php?\\_ksinr=3558](https://bi.mainz.de/to0040.php?_ksinr=3558)) Doch immerhin, wir haben das Thema ins Rollen gebracht!

# „Sechs Mal Nein“ zum geplanten Stadtteil Ostfeld/Kalkofen

Bislang arbeitete die Verwaltung bei der klimaökologischen Untersuchung vorgelegter Bebauungspläne mit den vorhandenen Daten der Klimafunktionskarte aus dem Jahr 1992. Dort sind die Klimafunktionsräume und die Strömung der Ventilationsbahnen verzeichnet, wie sie bei Westwind vorzufinden sind (<https://www.mainz.de/service/co-stadtplan.php> >Klima >Klimafunktionskarte). Seit der Klimprax-Studie weiß die Verwaltung, dass auch aus Nord-Ost, also von der Wiesbadener Seite aus Abkühlung in die Stadt strömt. (Fluglärmgegner wissen, an ca. 40% aller Tage weht in Mainz der Wind aus Osten). Das sog. „Ost-Feld“, das Wiesbaden bebauen möchte, ist für die Mainzer Innenstadt ein wichtiges Kaltluftentstehungsgebiet. Inzwischen riegelt allerdings die Blockrandbebauung entlang der Rheinallee im Zollhafengebiet die Luftzufuhr für die Neustadt weitgehend ab. Dennoch, im Wissen um die hohe Wärmebelastung der Mainzer Innenstadt sollte die Mainzer Politik in aller Deutlichkeit sich geschlossen gegen dieses Stadtteilprojekt positionieren.



Bilder: Claudius Moseler

Die Mainzer ÖDP-Stadtratsfraktion schließt sich daher den Forderungen der Aktionsgemeinschaft „Hände weg von Os/Ka“ gegen die Bebauung des Ostfeld/Kalkofen in Wiesbaden an.

Zwar hat die Stadt Mainz diese Bedenken in Wiesbaden bei der dort für das Projekt zuständigen Stadtentwicklungsgesellschaft SEG vorgetragen – allerdings bisher ohne spürbare Ergebnisse. Auf eine Anfrage der ÖDP-Stadtratsfraktion Ende März 2020 hatte Oberbürgermeister Michael Ebling geantwortet: „Die Stellungnahme der Stadt Mainz war Gegenstand einer Besprechung bei der SEG am 31. Oktober 2019. Eine Prüfung und gutachterliche Bearbeitung der Anmerkungen wurde seitens der SEG für das weitere Verfahren zugesagt.“ Die zugesagte „Prüfung und gutachterliche Bearbeitung“ steht allerdings bisher noch aus. Eine weitere Anfrage aus diesem Jahr ergab, dass bezüglich der Grundstücke in Mainzer Besitz, noch keine konkreten Verhandlungen erfolgt sind und die Mainzer Liegenschaftsverwaltung „lediglich im Rahmen informeller Gespräche über die Absichten der SEG informiert“ worden ist.

*Die Mainzer ÖDP-Stadtratsfraktion schließt sich daher den Forderungen der Aktionsgemeinschaft „Hände weg von Os/Ka“ gegen die Bebauung des Ostfeld/Kalkofen in Wiesbaden an.*

Trotz berechtigter massiver Kritik an der geplanten Entwicklungsmaßnahme Ostfeld/Kalkofen hat die Stadt Mainz ihre Bereitschaft zur Mitwirkung der Veräußerung betroffener Grundstücke erklärt, gleichzeitig aber dargelegt, dass eine Veräußerung der Grundstücke auf Basis des Verkehrswertgutachtens 17/217 nicht in Frage kommt. Bei einem möglichen Verkauf hat die Stadt Mainz darauf hingewiesen, dass sie an dem erheblichen Wertzuwachs durch die Grundstücksentwicklung partizipieren will. Die ÖDP-Stadtratsfraktion positioniert sich nach wie vor gegen das Projekt, so wie es viele Menschen, parteiübergreifend, in Bündnissen und Aktionsgemeinschaften tun.

Das Großprojekt der Stadt Wiesbaden löst nämlich nicht nur wegen der klimatischen Auswirkungen auf die Stadt Mainz Bedenken aus. Fünf weitere Gründe dafür sind: 1. Wertvolle Ackerfläche geht verloren, was die Existenz heimischer Landwirte bedroht – die regionale Versorgung fällt dadurch weg 2. Das Projektgebiet wird von Hauptverkehrsstraßen umschlossen, was ein noch höheres Verkehrsaufkommen durch die neuen Bewohner garantiert 3. Ein ca. 50 Hektar großes Gewerbegebiet, samt Müllverbrennungsanlage, ist ebenfalls vorgesehen 4. Die Vernichtung oder auch nur eine Beeinträchtigung der Quellen und Grundwasserströme, könnten Wassermangel für dieses Gebiet bedeuten 5. Die einzigartige Lebensgemeinschaft des Biotops Kalkofen ist gefährdet.

Weitere Infos sind zu finden unter: <http://www.buendnis-stadtklima.de/>



Protest gegen das Wiesbadener Stadtentwicklungsprojekt Ostfeld/Kalkofen auch vor der Mainzer Stadtratssitzung am 29.09.2021, hier mit ÖDP-Stadtratsmitglied Dagmar Wolf-Rammensee (rechts).

# Klimaschutz: Solidarisch, sozial und konsequent!

Der Klimawandel geht zwar jeden etwas an, aber nicht alle sind gleichermaßen davon betroffen oder in der Lage sich dem, beispielsweise durch persönlichen Verzicht, entgegen zu stellen. Für die ÖDP ist Klimaschutz auch eine soziale Angelegenheit.

Diverse Studien zum ökologischen Fußabdruck der verschiedenen Einkommensschichten zeigen: wer mehr hat, konsumiert auch mehr und trägt dementsprechend auch mehr zur CO<sub>2</sub>-Produktion bei. Der individuelle ökologische Fußabdruck spiegelt also individuelle Vermögensverhältnisse wider. Gleichzeitig können sich jene mit einem größeren ökologischen Fußabdruck auch eher nachhaltigeren Konsum leisten, denn dieser hat einen Preis, den sich eben nicht jeder leisten kann. Persönlicher Verzicht allein wird die Krise daher nicht aufhalten können.

Klimapolitik, zum Beispiel in Form von Konzepten und Ansätzen wie Emissionshandel oder die CO<sub>2</sub>-Steuer müssen sozialverträglich gestaltet werden. Um Klimaschutz fair zu gestalten, bedarf es den Blick auf die strukturellen Bedingungen der Menschen zu richten. Zwar wäre auch eine sozial gerechte Klimapolitik nicht in der Lage soziale Ungerechtigkeiten zu lösen, Klimaschutz darf aber ebenso wenig Verstärker von Ungleichheiten werden. Gleichzeitig hat eine inkonsequente Klimapolitik am deutlichsten Auswirkungen auf ärmere Menschen, sind es denn meist einkommensschwächere Milieus die im städtischen Raum von Umweltbelastungen wie Hitzewellen, Luftverschmutzung oder fehlenden Grünflächen betroffen sind und von zukünftigen Extremwetterzuständen betroffen sein werden.

Versiegelung und die Reduzierung von Frischluftschneisen oder Kaltluftentstehungsgebieten sind auch in der Stadt Mainz – zum Beispiel im Hinblick auf das Wiesbadener Stadtentwicklungsprojekt Ostfeld/Kalkofen, welches massive Auswirkungen auf das Mainzer Stadtklima haben wird, wie die Klimprax-Studie bezeugt – in vollem Gange.

Aus Sicht der ÖDP kann der Klimawandel ohne einen ideologischen Paradigmenwechsel nicht aufgehalten werden. Wachstum kann nicht unendlich sein und Regierungen und Großkonzerne müssen zur Verantwortung gezogen werden, nicht nur der Endkonsument. Die Formel „der Markt regelt das“ ist offenbar fehlgeleitet. Der Schaden den der menschengemachte Klimawandel ausgelöst hat, ist nicht mehr rückgängig zu machen. Der Markt mit seiner Ideologie des ewigen Wachstums, hat es offenbar nicht geschafft die Krise zu regeln, sondern hat sie selbst mit ausgelöst. Unser Motto bleibt daher: Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier!

## So erreichen Sie uns:

Unter [www.oedp-mainz.de](http://www.oedp-mainz.de) erhalten Sie alle Infos zu den Aktivitäten und Mandatsträgern der ÖDP im Stadtrat und den Ortsbeiräten.

Natürlich haben Sie hier auch den direkten Zugriff auf unsere Fraktionszeitung ÖDP Aktiv online.

Unter dem Reiter „Programm“ können Sie sich über die aktuellen TOP-Themen in Mainz informieren.

Wenn Sie uns persönlich erreichen möchten, nutzen Sie gerne die im Impressum genannten Kontaktdaten.

Besuchen Sie uns auch bei Facebook unter:

<https://www.facebook.com/oedp.mainz/> oder in unseren Fraktionsgruppensitzungen, über die wir Sie gerne auf Nachfrage informieren.

## Impressum

### Herausgeber:

Stadtratsfraktion  
der Ökologisch-Demokratischen  
Partei (ÖDP)

### V.i.S.d.P.:

Dr. Claudius Moseler  
ÖDP-Stadtratsfraktion  
Große Bleiche 46 / Löwenhofstraße 1  
55116 Mainz  
Tel.: (06131) 12 42 98  
[oedp-stadtratsfraktion@stadt.mainz.de](mailto:oedp-stadtratsfraktion@stadt.mainz.de)



## ÖDP im Stadtrat

Die ÖDP ist seit 2004 zur festen politische Größe in Mainz geworden.  
ÖDP-Mitglieder im Mainzer Stadtrat sind:

- |   |  |
|---|--|
|  Dr. Claudius Moseler  | Fraktionsvorsitzender, Stadtratsmitglied Mainz,<br>Sprecher für Stadtentwicklung & Feuerwehr                   |
|  Dagmar Wolf-Rammensee | stellvertretende Fraktionsvorsitzende,<br>Stadtratsmitglied Mainz, Sprecherin für<br>Wirtschaft & Einzelhandel |

Die Fraktionsgruppe ist das erweiterte Beratungsgremium für die ÖDP-Stadtratsfraktion.

Mit den Stadträten umfasst sie derzeit insgesamt 16 Mitglieder.

### Mitglieder der Fraktionsgruppe

- |  |   |
|--|---|
|  Christiane Drescher    | Ortsbeirätin Altstadt                               |
|  Ulrich Frings          | Sprecher für Medien & Stadtmarketing                |
|  Maren Goschke          | besondere Aufgaben                                  |
|  Fabian Kern            | Umweltpolitischer Sprecher                          |
|  Walter Konrad          | Sozialpolitischer Sprecher                          |
|  Prof. Dr. Felix Leinen | Finanzpolitischer Sprecher                          |
|  Christa Moseler        | Schulpolitische Sprecherin                          |
|  Rebecca Möhle          | Sprecherin für Frauen, Gleichstellung und Inklusion |
|  Ingrid Pannhorst       | Baupolitische Sprecherin                            |
|  Jürgen Sauer           | Energiepolitischer Sprecher                         |
|  Dr. Peter Schenk       | Fluglärm politischer Sprecher                       |
|  Wilhelm Schild         | Verkehrspolitischer Sprecher                        |
|  Karl-Heinz Schimpf     | Sportpolitischer Sprecher                           |
|  Klaus Wilhelm          | Kulturpolitischer Sprecher                          |

Mehr zu unserer Stadtratsarbeit unter: [www.oedp-fraktion-mainz.de](http://www.oedp-fraktion-mainz.de)